

Dirk Rohpeter, Forstgasse 19, 37269 Eschwege

Eschwege, 20. August 2012

**Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport**

Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Sport  
des Landes Niedersachsen  
Dr. Sandra von Klaeden  
Lavesallee 6  
30169 Hannover

**Vorbereitung eines Beratervertrages mit dem BMI zur Abwendung von Straftaten gemäß. §129a StGB / §80StGB**

Sehr geehrte Staatssekretärin Dr. von Klaeden,  
aus gegebenem Anlass benötige ich, Rohpeter Dirk, eine couragierte Volljuristin, welche einen Kontakt zum Bundesministerium des Innern herstellen kann, um einen Maßnahmenkatalog zur Abwendung von Straftaten gemäß §129a StGB / §80StGB vorzubereiten.

Da ich Rohpeter Dirk, geb.am 27.03.1968 in Eschwege, Hessen, als Augenzeuge eines Sachverhaltes aus dem Jahr 2003 und Opfer von Straftaten aus dem Jahr 2006, 2008, 2009, ausschließlich an einer konstruktiven Lösung interessiert bin, bitten ich Sie über eine Mandantschaft nachzudenken. Inhaltlich sollten die in der Anlage „Inhalte und Zielsetzung“ vorgegebenen Merkmale enthalten sein.

Dieser Beratervertrag im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft mit dem „Bundesministerium des Innern“, soll eine Alternative bieten zu den bisherigen Beraterverträgen, welche seit 2002 geschlossen wurde, um die Lücken im Bereich „Innere Sicherheit und Justiz“ schließen und internationale Zusammenarbeit, auf der Basis internationalen Vertrauens wieder herstellen zu können.

Eine Stärkung der Exekutivorgane und wertneutrale Aufarbeitung bisher ungelöster Sachverhalte seit 2006, sollte gerade im Interesse der amtierenden Entscheidungsträger sein und noch in dieser Legislaturperiode bereinigt werden.

Aus aktuellem Anlass sollten auch gerade die Einflussnahme privater Psychologen und deren verstärkter Einflussnahme in strafrechtlich relevante Bereiche, nach Amoktaten und sexuellem Missbrauch an Minderjährigen, Stichwort: "Führungsaufsicht", auch gerade in Verbindung mit organisierter Kriminalität, betrachtet werden. Private Psychologen unterliegen keiner Dienstaufsicht.

Mit freundlichem Gruß

Rohpeter Dirk

Rohpeter Dirk, Forstgasse 19, 37269 Eschwege, 0162 / 81 356 81, [dirk.rohpeter@gmx.net](mailto:dirk.rohpeter@gmx.net)  
Kto: 011180700, BLZ: 52070024, Deutsche Bank, IBAN: DE73 520700240 011180700  
<http://dirk-rohpeter.homepage.eu>

**Bundesministerium des Innern**

Alt-Moabit 101 D  
D-10559 Berlin

**Maßnahmenkatalog zur Abwendung von Straftaten gem. 129a StGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
aufgrund neuester Informationen, bitte ich, Dirk Wolfgang Rohpeter, geb. am 27.03.1968, Eschwege(Hessen), geb-Name d. Mutter:Däsler, Meldeanschrift: Forstgasse 19, 37269 Eschwege um erneute Prüfung des Sachverhaltes.

Es besteht der dringende Tatverdacht, das die derzeit existierenden Datenbanken und Informationssysteme im Bereich "Innere Sicherheit" durch unbekannte Personenkreise manipuliert werden können. Gehen Sie bitte ebenfalls von einer möglichen Einflussnahme unbekannter Personen auf das neu eingeführte Kommunikationssystem BDBOS (digitalen Behördenfunk) aus.

Es ist anzunehmen das ich durch eine zufällige Verwechslung in das Visier eines Täterkreises geraten bin, der hier massiv finanziellen Schaden verursachte, die Geldmittel via Geldwäsche in das Ausland transferiert und auch auf sehr skrupellose Art Einfluss auf Politik und Gesetzgebung nimmt.

Es ist nicht Ausgeschlossen, das der hier agierende Personenkreis aufgrund des massiven Einsatzes von technischem Equipment, größerer Geldsummen und der Verwendung von Insiderwissen, den Eindruck einer Regierungsorganisation hinterlässt, jedoch keiner Dienstaufsicht unterliegen und sich nicht an geltendes Recht gebunden fühlt.

Sollte es sich hierbei um einen Typus Täter handeln, welcher den Behörden in Deutschland bisher nicht aufgefallen ist, da diese vor 1989 von den ehemaligen Bündnispartner in Eigenregie zum Selbstschutz ins Visier genommen und am Handeln gehindert wurden, so stellt sich nun nach Abzug der Teilstreitkräfte die Frage, ob hier eine Lücke entstanden ist, welche es nun auch mit Bezug auf den "Vertrag von Maastricht/Lissabon" zu schließen gilt.

Mit freundlichem Gruß

Rohpeter Dirk

## **Inhalte und Zielsetzung**

### **a) Erfüllung des „Vertrags von Maastricht und Lissabon“ im Bereich Innere Sicherheit, die Zusammenarbeit mit internationalen Exekutivorganen, auf der Basis internationalen Vertrauens.**

Ziel: Um den Vertrag von Maastricht und Lissabon erfüllen zu können, muss die nach 1990 durch den Abzug der Teilstreitkräfte unserer ehemaligen Bündnispartner: Frankreich, England, USA und Russland in Deutschland entstandene Lücke im Bereich "Innere Sicherheit", geschlossen werden ! Internationale Zusammenarbeit auf der Basis internationalen Vertrauens, bedeutet auch gerade bei den Straftaten, bei denen seit 2001 noch keine vollständige Aufklärung erfolgte, die dringend notwendigen Rahmenbedingungen zu erfüllen. (11.September 2001, StaKuKo, Amoklauf von Erfurt, „Kanibale von Rotenburg“, Amoklauf von Lörrach, „Fall Mitja/Fall Michelle, 2007/2008 Leipzig, Games-Convention“, „Fall Peggy Knobloch“)

### **b) Verwaltung im Bereich „Innere Sicherheit / Justiz“, Zusammenarbeit der Behörden**

Kann der Verwaltungsaufwand beschleunigt werden, wenn Akteneinsicht und Informationsaustausch unter den zuständigen Behörden vereinfacht werden? Wenn Akten durch verbeamtete Mitarbeiter zentral gelagert, katalogisiert, aktualisiert und dann in elektronischer Form, fälschungssicher ( via CITRIX) abrufbar, nach einer „Anmeldung zur Akteneinsicht“ verfügbar gemacht werden? Ein Zeitvorteil kann sicherlich dann entstehen, wenn der Inhalt der Akten für unterschiedliche zuständige Behörden und Entscheidungsträger von Bedeutung ist. Eine Verfälschung oder das Anlegen von doppelten Aktenzeichen wäre unmöglich. Eine elektronische Auswertung auch für übergeordnete Institutionen des Bundes in Deutschland z.B. BKA, Verfassungsschutz sehe ich als unproblematisch und sogar von Vorteil an !

### **c) Verstärkte Einflussnahme von Mitarbeitern des Fachbereiches Psychologie in der Strafverfolgung / Verwendung neuester Technologien in der Strafverfolgung / 136a StPO Folterverbot.**

Grundelemente der Psychologie waren schon immer Bestandteil der Strafverfolgung und gehören ebenfalls zur elementaren Ausbildung der Mitarbeiter der Exekutive / Judikative. Erst seit wenigen Jahren wird auch verstärkt Psychologen ohne Ausbildung im Bereich der Exekutive, über den Bereich der Straftaten mit „emotionalem Straftatbestand“ die Möglichkeit der Teilnahme und Einflussnahme in der Strafverfolgung gegeben.

Sowohl durch die „Reform der Führungsaufsicht“, als auch durch die Opferbetreuung im Bereich der Amokläufe in Deutschland, wird hier einem Personenkreis Einblick gewährt, welcher keiner Dienstaufsicht unterliegt !

Wie viele Psychologen in Deutschland praktizieren, welche im Jahr 2007 nicht einen einzigen Patienten als „geheilt“ entlassen konnten, wird wohl erst geklärt werden, wenn man den erhöhten Mehrwertsteuersatz von derzeit 19% MwSt. auch auf die beratende Tätigkeit der Therapien anwendet und die Mehreinnahmen verwendet, um das Budget der Allgemeinmediziner aufstocken zu können. Es sollte grundsätzlich darüber nachgedacht werden, einen Patienten erst dann zu einer psychologischen Therapie zuzulassen, wenn dieser mittels Untersuchung durch einen Allgemeinmediziner auf Mangelerscheinungen (Unterzucker, Schilddrüsen-Über-/Unterfunktion) untersucht wurde !

Ob eine erhöhte Ausfallquote auf der Ebene der Landespolizei auf personelle Unterbesetzung oder erhöhte Auslastung der einzelnen Mitarbeiter zurückzuführen ist, kann sicherlich intern geklärt werden. Grundsätzlich entscheidet der gesetzlich vorgeschriebene Auftrag der Behörde, wie hoch die Einstellungsquote, Personal und Ausstattung der Exekutive zu wählen ist und nicht das Haushaltsbudget !

#### **d) Innere Sicherheit, Dienstaufsicht, Innenrevision**

Es ist von großer Bedeutung zu wissen, das wir in Deutschland in einem Rechtsstaat leben, in dem wir uns dazu entschlossen haben nicht selbst zur Waffe zu greifen, sondern mit unseren Steuergeldern hochqualifiziertes Personal der Exekutive zu unterstützen, welche jede Gefahrensituation, auf der Basis Ihres Ausbildungsstandes und der Diensterfahrung selbst einschätzen, ob die Gefahrenabwehr „mit oder ohne Schusswaffe“ erfolgt.

Hierfür stellen wir als Steuerzahler für die ca. 550.000 Mitarbeiter der Exekutive und die mehr als 90.000 Staatsanwälte ein Steuervolumen von ungefähr 130 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung. Straftäter haben keine Chance, wenn diese Mitarbeiter dank personeller und materieller Überlegenheit ermitteln. Das bilden von Sonderkommissionen kann gerade dann von Vorteil sein, wenn Straftäter über Insider-Wissen verfügen und die Zuständigkeiten einzelner Ermittler ausnutzen oder gar Einfluß auf das familiäre Umfeld von Ermittlern nehmen.

Analyse: Einführung eines Ticket-Systems, auf der Basis des Verwaltungssystems COMVOR in Hessen, um zeitnah Ausbildungsmängel im Rahmen der Dienstaufsicht zu erkennen und mittels Qualifizierung nachzusteuern, gleichzeitig eine rechtsverbindliche Anforderungsgrundlage für Personal / Material, an übergeordnete Dienststellen und Entscheidungsträger weiterleiten und den gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag auch erfüllen zu können !

Eine regelmäßige Rechtsschulung incl. Technikschiulung sollte im regelmäßigen Turnus, jedoch mindestens alle 12 Monate den Kenntnisstand alle im aktiven Dienst befindlichen Mitarbeiter der Landespolizei erfassen und gerade mit Bezug

auf den "Vertrag von Maastricht / Lissabon" Rechtssicherheit im Dienstalltag sicherstellen.

Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Bürger und den Mitarbeitern im Staatsdienst ist von unschätzbarem Wert. Wenn die Mitarbeiter der Exekutive / Judikative keine Hinweise seitens der Bevölkerung mehr erhalten würden, wäre man womöglich gezwungen, 82 Mio. Bürger in Deutschland 24h zu überwachen. Neben den Investitionskosten würden auch gerade die laufenden Betriebskosten für Energie / Strom, als auch die Personalkosten zur Sichtung des aufgezeichneten Materials so hoch sein, das man hiermit ein Kindergeld von mehr als 2500,-Euro pro Kind pro Monat finanzieren könnte.

Der Einsatz von Elektronik, EDV, Informationssystemen des Bundes und fälschungssicheren Datenbanken ist unerlässlich, um den Zeitvorsprung der Täter bis zur Meldung der Straftat aufzuarbeiten. Auf eine Verifizierung der elektronisch erhaltenen Information mittels Zeugenbefragung und Tätervernehmung, darf jedoch niemals verzichtet werden !

#### **e) Opferschutz / Opferhilfe als elementaren Bestandteil des Rechtssystems in Deutschland**

Täter-Opfer-Ausgleich und Amtshaftung, sollten nicht missverstanden werden, denn der Schutz von Opfern und Zeugen bietet die einmalige Chance, den Täterkreis unter Zugzwang zu setzen. Ein eindeutiges Signal seitens des Innenministeriums für eine finanzielle Unterstützung von Opfern, kann auch gerade bei Fehlverhalten mit finanzieller Bereicherung deutlich wirkungsvoller sein. Augenzeugen zu ermutigen eine Aussage zu strafrechtlich relevanten Vorgängen zu tätigen und für deren schadfreie Zukunft zu sorgen ist von unschätzbarem Wert. Bei minimalem Aufwand, maximale Wirkung zu erzielen, kann bedeuten: „Was wir mit Geld erkaufen können, müssen wir nicht mit der Waffe in der Hand erstreiten“. Für Straftäter sind die Augenzeugen die Bedrohung, nicht der Mitarbeiter der Exekutive !

#### **f) Armutsbekämpfung als beste präventive Kriminalitätsbekämpfung**

Um den Zulauf zu extremistischen Gruppierungen deutlich zu verringern, sollten auch geschichtliche Erfahrungen genutzt werden. Diese hatten in der Vergangenheit immer nur dann Erfolg, wenn sich eine Vielzahl von Menschen in Deutschland in existenzbedrohlicher Situation befanden ! Bevor jemals wieder Millionen Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie entstehen, sollte Alternativen angeboten werden.

Da alle Probleme der Neuzeit ausschließlich auf dem Demographischen Wandel beruhen, sollten Millionen neue Arbeitsplätze durch den Bau von PlusEnergie-Häusern entstehen. Wenn jede Familie mit zwei Kindern in Deutschland ein eigenes PlusEnergie-Haus bauen kann, somit sämtlicher Bedarf an Energie, also Wärme, Strom im Haus, aber auch Mobilität mittels eigenem Elektrofahrzeug

(Reichweite 300km), fast zum Nulltarif zur Verfügung stehen, werden Familien in der Lage sein, in eine sorgenfreie Zukunft zu blicken !

Eine Kindergeldpauschale von 750,-Euro pro Kind pro Monat, erfordert Investitionskosten von ca. 142,2 Mrd. Euro. Gegenfinanziert nach dem Vorbild des Leitzinses: Geld welches in den Wirtschaftskreislauf hineinfließt, muss Arbeitsplätze stabilisieren und neue Arbeitsplätze generieren, dann auch über die Steuer wieder abgeschöpft werden. Inflation kann mittels Festsetzung des Mehrwertsteuersatzes auf 26% (bisher 19%) verhindert werden und führt gleichzeitig zu Steuereinnahmen von mind. 240 Mrd. Euro pro Jahr !

Hierbei sind deutlich höhere Einnahmen im Bereich der Erschließungskosten und Gewerbesteuer noch nicht erfasst und können somit für Kindergärten und Schulen verwendet werden !

Die zusätzlichen Mehreinnahmen im Bereich der Lohn-/Einkommenssteuer könnten für eine Senkung der Staatsverschuldung genutzt werden !